

Liestal, 7. Juni 2022/BUD

Stellungnahme

Vorstoss	Nr. 2021/544
Postulat	von Désirée Jaun
Titel:	Klima-, umwelt- und biodiversitätsschädigende Staatsbeiträge sowie Anreize identifizieren und reduzieren
Antrag	Vorstoss ablehnen

1. Begründung

Im April 2020 wurde der Statusbericht Klima als zentrales Handlungs- und Planungsinstrument beschlossen und veröffentlicht. Im Bericht sind die Folgen des Klimawandels im Kanton Basel-Landschaft aufgezeigt, sowie Handlungsfelder und Massnahmen für die Anpassung an den Klimawandel. Ausserdem analysiert der Bericht Handlungsfelder für Klimaschutz-Massnahmen. Mit seinem Beschluss vom 24. August 2021 sieht der Regierungsrat vor, bis Anfang 2023 eine kantonale Klimaschutzstrategie zu entwickeln. Diese Strategie wird die im Statusbericht Klima analysierten Handlungsfelder vertieft anschauen und konkrete Massnahmen vorsehen. Der Regierungsrat hat ebenfalls am 24. August 2021 beschlossen, eine Klimaorganisation einzusetzen. Deren Fachgremium Klimaschutz wird sich der Erarbeitung der Klimaschutzstrategie annehmen.

In der [Klimacharta der Nordwestschweizer Regierungskonferenz](#), welche der Kanton Basel-Landschaft federführend mitentwickelt und unterzeichnet hat, ist ausserdem vorgesehen, dass indirekte Treibhausgasemissionen verringert werden sollen, beispielsweise durch Ressourceneffizienz, nachhaltige Finanzanlagen und suffizientes Verhalten, insbesondere in den Bereichen Dienstleistungen, Produktion, Verarbeitung und Handel von Konsumgütern, sowie Abfallwirtschaft. In allen Beschaffungsprozessen sollen zukünftig die indirekten Emissionen Berücksichtigung finden. Im Rahmen der Klimaschutzstrategie werden diese Aspekte vertieft angeschaut.

Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass die Forderungen des Postulats sinnvollerweise in die Erarbeitung der Klimaschutzstrategie eingebunden werden. Im Rahmen dieser Strategie wird im Jahr 2023 berichtet werden.

Aus den oben genannten Gründen beantragt der Regierungsrat die Ablehnung des Postulats.